

**Zeitschrift:** Wissen und Leben  
**Band:** 13 (1913-1914)

**Artikel:** Jellinek und der Proporz [Fortsetzung]  
**Autor:** Schmassmann, Otto  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-764029>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## JELLINEK UND DER PROPORZ

So überschreibt Herr Otto Schmassmann im letzten Heft von *Wissen und Leben* eine stark persönliche Polemik gegen den Unterzeichneten. Er setzt sich darin mit meiner am 6. April 1910 im Nationalrat gehaltenen Rede gegen die Proporzinitiative auseinander, um im Wesentlichen zu wiederholen, was er im *Stadt-Anzeiger der Stadt St. Gallen* (No. 15 vom 18. Januar 1911) unter dem Titel: *Dr. Forrers Kronzeuge* behauptete, nämlich dass ich Jellinek fälschlicherweise als Proporzgegner zitiert habe. Dem anonymen Artikler des *Stadt-Anzeigers* habe ich in No. 16 des *St. Galler Tagblatts* vom 19. Januar 1911 geantwortet und damals schon klar und unzweideutig die völlige Unbegründetheit der mir gemachten Unterstellung nachgewiesen. Es mag mir gestattet sein, nunmehr auch Herrn Otto Schmassmann an der gleichen Stelle gegenüberzutreten, an welcher er mit gelüftetem Visier seinen Angriff wiederholt.

In welchem Sinne ich Jellinek zitierte, ist aus dem *Zusammenhang* meiner damaligen Rede zu beurteilen. Ich setzte mich unter anderm mit der Proporzrede von Herrn Prof. Speiser auseinander. Er erkannte in seinen Ausführungen willig an, dass sich die freisinnige Partei um die Entwicklung der Wahlberechtigung und Stimmberechtigung außerordentliche Verdienste erworben habe; sie sei die Führerin gewesen und habe die Rekurse gegen die Wahlbeeinträchtigung im Sinne einer sehr schrankenlosen Wahlfreiheit entschieden. Wenn aber diese freisinnige Partei sich heute weigere, mitzugehen in der Vervollkommnung des Wahlrechtes durch Schaffung allgemeiner und gleicher Wahlkraft, so bleibe sie stehen. Herr Speiser feierte also das proportionale Wahlverfahren als ein im Wesen der Demokratie liegendes Fortschrittsprinzip, das in der Richtlinie der bisherigen Entwicklung der freisinnig-demokratischen Parteiideale liege. Demgegenüber führte ich nun wörtlich Folgendes aus:

Herr Prof. Speiser hat dann der freisinnig-demokratischen Partei ein freundliches Kompliment gemacht, indem er ausführte, sie habe Verdienste darum, das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht gesichert und ein weitherziges Rekursverfahren in dieser Richtung garantiert zu haben. *Timeo Danaos et dona ferentes*. Ich glaube, dieses Kompliment ist nicht um des Komplimentes willen gemacht worden, sondern deshalb, um desto greller in die Erscheinung treten zu lassen, was man gleich nachher der freisinnig-

demokratischen Partei zum Vorwurf macht, den Vorwurf, dass die freisinnig-demokratische Partei diesem neuen demokratischen Fortschrittsprinzip gegenüber sich so aristokratisch-konservativ und so reserviert verhalte.

Ich glaube, es ist eine unrichtige Auffassung, wenn man überhaupt den Proporz als ein demokratisches Fortschrittsprinzip postuliert. Er ist das nicht, sondern bleibt seinem Wesen nach ein durchaus konservatives Prinzip. In dieser grundsätzlichen Auffassung liefert der Vortrag Jellineks in der juristischen Gesellschaft in Wien *Das Recht der Minoritäten* einen zu erstem Nachdenken anregenden Kommentar. Er postuliert und verteidigt das formelle und materielle Recht der Minoritäten, aber nicht aus demokratischen Gesichtspunkten heraus, sondern als ein Palliativ gegen die alles überflutende demokratische Tendenz des Majoritätsprinzips. Sein Gedankengang ist der, dass er sagt: „Die Besten sind in der Minorität, die demokratische Masse hat Unrecht, deshalb müssen wir diese aristokratische Minorität schützen“. Aber, meine Herren, wir stehen in der schweizerischen Demokratie auf einem andern Standpunkte; wir haben bereits dafür optiert, dass bei uns die Masse durch den Stimmzettel entscheidet. Wir können nicht mehr zurück zu dem Standpunkt, den Herr Prof. Jellinek vielleicht mit Recht vertritt.

Es ist nun doch gewiss für jedermann klar, der verstehen will, *dass ich Jellinek nicht als Proporzgegner zitiere*. Ich führe ihn vielmehr als *einen entschiedenen Gegner des demokratischen Majoritätsprinzips an*. Ich stelle ja unmissverständlich fest, dass er das formelle und materielle Recht der Minderheiten fordert und verteidigt, nicht wie Herr Prof. Speiser in der Meinung, es sei dies die logische, natürliche und deshalb anzustrebende demokratische Fortentwicklung des allgemeinen Wahlrechtes zur allgemeinen und gleichen Wahlkraft, *sondern vielmehr aus einer durchaus aristokratischen und konservativen Anschauung heraus*, nämlich um einen Damm zu schaffen gegen die alles überflutende demokratische Tendenz des Majoritätsprinzips. Wer meiner Rede mit Verständnis und ohne Voreingenommenheit folgt, erkennt, dass ich den *völlig verschiedenen Ausgangspunkt* und die *prinzipiell grundverschiedene Anschauung* einander gegenüber stellte, aus der heraus zwei bedeutende Rechtslehrer, wie Speiser und Jellinek, gegenüber dem Majoritätsprinzip das Recht der Minoritäten fordern. Es liegt ein tiefer Gegensatz zwischen der staatsrechtlichen Auffassung Speisers, die einer ausdehnenden Entwicklung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes und seiner gesetzlichen Festlegung im Proporz als einem demokratischen Fortschrittsprinzip ruft und der

Theorie Jellineks, der die Macht und den Einfluss der demokratischen Mehrheit, der Massen überhaupt, zurückbinden will. Man vergleiche die zitierte Schrift Jellineks *Das Recht der Minoritäten* nur im Zusammenhang, und nicht bloß in dem von Schmassmann gegebenen Auszuge; zum Beispiel auch die Sätze:

Nichts kann rücksichtsloser, grausamer, den primitiven Rechten des Individuums abholder, das Große und Wahre mehr hassend und verachtend sein, als eine demokratische Mehrheit . . . . Nur ein der Wirklichkeit gänzlich abgewandeter Mensch kann heute noch den Traum von der Güte und Wahrheitsliebe der Massen träumen.

*Aus diesem antidemokratischen trotzigen Minoritätsgefühl heraus erfolgt der Ruf Jellineks nach dem Rechte der Minoritäten; die Forderung Speisers aber nach dem Proporz entspringt ganz und gar einer demokratischen Grundanschauung, die ich freilich nicht teile, dass der Proporz die staatsrechtlich begründete Fortentwicklung und Sicherung des demokratischen aller Rechte, des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts sei.*

Herr Otto Schmassmann versucht nachzuweisen, dass Jellinek in der genannten Schrift gar nicht vom proportionalen Wahlverfahren handle. Aber damit ist doch im entferntesten nicht dargetan, dass ich irgendwie sinnwidrig Anschauungen Jellineks zitiert hätte. Denn wenn, um mit Herrn Schmassmann zu reden, Jellinek die *bereits bestehenden* Minderheiten im Parlament sowie bei Volksabstimmungen vor der Willkür einer übermächtigen Mehrheit schützen will, *dann muss er noch vielmehr a fortiore das Recht der Minoritäten im Wahlverfahren vertreten* und sichern wollen, damit sie überhaupt im Parlamente *entstehen* und dort einziehen können. Dass dies auch Jellineks Auffassung ist, ergibt sich übrigens unschwer aus seiner geschichtlichen und kritischen Darstellung des Majoritätsprinzips in der Einleitung.

Zum Schlusse legt mir Herr Schmassmann den Unsinn in den Mund: „Wir sind eine Partei des Individualismus, darum — lehnen wir ihn ab!“ Auf diesen innern Widerspruch kondensiert Herr Schmassmann den letzten Teil meiner Proporzrede. Um jedem Leser die Möglichkeit zu verschaffen, der Gründlichkeit, deren sich Herr Schmassmann rühmt, selbst das ihr zukommende Zeugnis auszustellen, lasse ich den in Frage kommenden Teil meiner Rede hier folgen. Ich sprach von der atomisierenden Ten-

denz des Proporzbesonders gegenüber den großen historischen Parteien und sagte dann wörtlich:

Die Proporzgegner wissen gerade so gut wie die Freunde des Proporz, dass die Parteien lebendige Organismen sind, die entstehen und vergehen. Was wir aber auch wissen, ist das, dass sich die Organismen verschieden entwickeln, je nachdem Sie ihnen günstige oder ungünstige Entwicklungsbedingungen schaffen. Der Proporz schafft keine neuen Parteien, die wir nicht irgendwo vorher schon in ihren Ansätzen gehabt hätten, aber er fördert die Neubildung von Parteien, weil er den zentrifugalen Kräften, den separatistischen Tendenzen ein brauchbares Instrument leiht, sich zu konstituieren. Es ist meine innerste Überzeugung, dass darin, in dieser seiner gewissermaßen automatischen Funktion, die große Gefahr für die Einheit und Kraft der Parteien liegt . . . . . Herr Prof. Speiser hat ausgeführt: „Die politische Gleichheit ist erreicht. An ihrer Seite ist nunmehr die wirtschaftliche Gleichheit zu sichern.“ Wir sind mit ihm vollständig einig, das ist auch unser Ziel; aber mit der Tatsache, dass heute im wesentlichen wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen, ist gerade die Gefahr der Atomisierung der historischen Parteien graduert. Das ist ja überhaupt ein Nachteil unseres politischen Lebens, dass die großen politischen und kulturellen Fragen in engerem Sinne nicht mehr so die Geister beherrschen und im Vordergrund stehen, wie sie im Interesse einer gesunden Entwicklung der Demokratie im Vordergrund stehen sollten, sondern dass die kleinlichen und kleinsten wirtschaftlichen Fragen die Geister beherrschen und dass wir schließlich keine kulturellen geistigen Fragen mehr kennen, sondern nur noch Magenfragen.

In einer Zeit, wo eine solche Tendenz vorherrscht, ist die Einführung des proportionalen Wahlverfahrens ganz besonders gefährlich. Man wird sagen, die freisinnige Partei müsse diese Wirkung ertragen. Ich glaube, sie wird sie eine Zeitlang ertragen können, denn diejenigen kommen nicht auf ihre Rechnung, die glauben, dass unsere freisinnig-demokratische Partei nicht eine lebensfähige Partei sei und dass sie keine Ideale habe, die sie zusammenhalten können. Aber die Wirkung des Proporz ist uns deswegen so gefährlich, weil unsere Ideale so geartet sind, dass sie dieser gefährlichen Wirkung des Proporz ganz besonders entgegenkommen.

Wir sind eine Partei des Individualismus, wir sind eine Partei, die das Recht des Einzelnen, das Persönlichkeitsprinzip in den Vordergrund stellt, und auf eine solche Partei ist die Wirkung des Proporz eine doppelt gefährliche. Die konservative Partei wird davon viel weniger betroffen, und wenn sie so entschieden für den Proporz eintritt, — ich will niemanden zu nahe treten —, so dürfte vielleicht doch auch bei dem einen oder andern die Erwägung der besondern Gefährlichkeit des Proporz für den alten historischen Gegner mit maßgebend sein und die damit verbundene Hoffnung, dass er automatisch-mechanisch besorge, was der Ansturm der gegnerischen Parteien bis jetzt vergeblich versuchte: Die Zertrümmerung der freisinnig-demokratischen Mehrheitspartei. Die konservative Partei, die andere große historische Partei, wird wenig von der zersetzenden Wirkung des Proporz betroffen werden, weil sie einigendes Ferment hat, das sie über alle wirtschaftlichen Gegensätze hinaus zusammenführt: das konfessionelle Bewusstsein. Das ist etwas Großes an der konservativen Partei, auch wenn

wir es von unserm Standpunkte aus nicht begrüßen und nie glauben können, dass es gut sei, den konfessionellen Gedanken im staatspolitischen Leben so stark zu betonen.

Auch auf die sozialistische Partei wird der Proporz diese zersetzende Wirkung nicht ausüben; denn sie hat, wie Herr Prof. Speiser mit Recht ausgeführt hat, die große Einheit der Gedanken und Ziele und ein außerordentlich straffes äußeres Parteiprinzip nach der Regel Bebel's: Wer sich nicht fügt, der fliegt. Wir können und wollen eine solche absolutistische *Maxime* in unserer Partei nicht zur Anwendung bringen, denn sie wäre unvereinbar mit ihren Grundlagen und ihrem Wesen.

Die sozialdemokratische Partei ist zusammengehalten durch das sie voll und ganz erfüllende Klasseninteresse und Klassenbewusstsein. Unsere Partei ist eine Partei der verschiedensten wirtschaftlichen Auffassungen: der Bauer neben dem Handwerker, der bezahlte Lohnarbeiter und der Mann der freien Wissenschaft finden darin Platz. Wir haben so einen kleinen Ausschnitt aus dem gesamten Volk und auf diese Partei wird der Proporz eine zersetzende Wirkung haben. Sie können nicht einem Angehörigen einer Partei, der aus der Tiefe seiner Überzeugung heraus den Idealen seiner Partei folgt und an dieselben glaubt und der überzeugt ist, dass die Verfolgung dieser Ideale im Interesse des gesamten Vaterlandes liegt, zumuten, dass er einem Wahlverfahren zustimme, dass das Totenglöcklein für diese Partei läuten soll. Ich habe die Überzeugung, dass es für unser schweizerisches Vaterland wichtig ist, wenn wir nicht ein Prinzip der Trennung, der Zersetzung der Gesellschaft und des Volksganzen einführen. Denn unser Vaterland hat der Differenzierungen genug in bezug auf Sprache, Sitte, Geschichte und Religion und dieses Vaterland hat ein einigendes, zusammenfassendes Band nötig und nicht eine Wahlverfassung, deren Zentrifugalkraft die geschlossene Kraft des Ganzen schwächen muss.

Wenn ich in meiner Rede die freisinnig-demokratische Partei als eine solche des Individualismus bezeichnete, wenn ich andeutete, dass sie eine Partei sein wolle, die das Ideal der freien Persönlichkeit im Sinne der Heraus- und Emporhebung des Einzelmenschen und des Volkes aus der politischen und geistigen Gebundenheit zur Autonomie proklamierte, so habe ich freilich das Wesen des modernen Liberalismus damit nicht erschöpfend umschrieben. Das war aber auch für jeden gewiss selbstverständlicherweise in meiner Rede im Vorübergehen weder gewollt noch möglich. Es mag daher hier eine kleine Ergänzung eingeschaltet werden. So sehr der Gedanke der politischen und geistigen Freiheit, beides im Rahmen der Vernunft, das politische und kulturelle Programm freisinniger Weltanschauung beherrscht, so hat doch „die auf dem Boden einer veränderten Technik emporgewachsene Wirtschaftsordnung“ es mit sich gebracht, dass dieses politische und Kulturideal einen sozialen Einschlag erhielt.



An die Seite des politischen und geistigen Freiheitsgedankens trat die Erkenntnis sozialer Gebundenheit mit ihrem weit- und warmherzigen Verantwortlichkeitsgefühl für den wirtschaftlich Schwachen. In diesem Sinne hat der einseitige Individualismus des Liberalismus seine Korrektur und seine Ergänzung erfahren. Die durch dieses immer noch stark individualistische politische Glaubensbekenntnis zusammengehaltene Partei des Liberalismus kann der äußern Organisation nicht entraten. Sie wird aber, und zwar aus Gründen, die in ihrem Wesen selbst liegen, niemals der straffen, lückenlosen Organisation und Zusammenfassung fähig sein wie andere politische Parteien. War der Liberalismus groß als Idee, so ist er als Organisation doch stets schwach gewesen. Die Wahrheit dieses Naumannschen Wortes hat jeder täglich zu erfahren Gelegenheit, der im aktiven politischen Leben steht. Daher wird die Technik des Proporz, deren einwandfreie Funktion die vorbehaltloseste Parteigeschlossenheit und lückenlose Organisation zur Voraussetzung hat, unserer Partei stets am wenigsten zuträglich sein. Eine Partei, die historisch im Individualismus wurzelt und wirtschaftlich weit mehr Gegensätze in sich birgt, als dies bei den andern politischen Parteien der Fall ist, bietet auf die Dauer der atomisierenden Tendenz des proportionalen Wahlverfahrens eine um so breitere und geeignetere Angriffsfläche, je mehr die wirtschaftlichen Probleme die großen politischen und kulturellen Fragen eines Volkes in den Hintergrund drängen. Nun möchte ich gleich betonen, dass keine Partei, auch nicht diejenige, die große Verdienste um den fortschrittlichen Ausbau des Vaterlandes hatte, bloß aus parteipolitischen Egoismus heraus einem überlegenen Wahlverfahren entgegentreten darf. Wohl sind, wie Laband ausführte, Fragen des Wahlverfahrens immer Machtfragen, aber sie sollen und dürfen es meines Erachtens nicht ausschließlich sein. Von dem Momente an, wo ich mich überzeugen kann und muss, dass die Einführung des proportionalen Wahlverfahrens wirklich von den höhern Interessen des Allgemeinwohls verlangt wird, dass es und nur es allen jenen gesellschaftlichen Kräften den ihnen zukommenden Einfluss auf das staatliche Leben sichert, von deren Anerkennung und Mitarbeit der Staat getragen sein muss, um seine großen Aufgaben zu erfüllen, von diesem Momente an beuge ich mich dieser bessern

Erkenntnis. Dabei kommt aber nicht nur das proportionale Wahlverfahren für den Nationalrat, sondern die gesamte konstitutionelle Struktur unseres Staatswesens, vor allem auch der Einfluss der Minderheiten im Zweikammersystem und derjenige des gesamten Volkes mittels Initiative und Referendum in Betracht. Darüber wird ja die neue Bewegung Abklärung schaffen.

Nun konstruiert Herr Otto Schmassmann einen Widerspruch aus meiner Rede dadurch, dass er sagt: *Eine Partei des Individualismus muss gerade ein Wahlverfahren begrüßen, das in sich selbst die Möglichkeit einer noch weiteren Individualisierung in Gruppen bringt.* Diese auf den ersten Blick nahe liegende Einwendung bleibt aber an der Oberfläche haften. Sie übersieht, *dass der materielle Inhalt des Programms einer politischen Partei unabhängig ist von der äußern Organisationsform des Wahlverfahrens.* Die Praxis belegt dies dutzendfältig durch die ganz verschiedene und gegensätzliche Stellung, die dieselben politischen Parteien in verschiedenen Kantonen und Ländern zum proportionalen Wahlverfahren einnehmen. Jede politische Partei, die an sich glaubt, muss ihre Einheit und Größe wollen; auch die individualistisch durchwirkte freisinnige Partei. Deshalb muss und wird auch sie jeder Einwirkung von außen entgegentreten, welche auflösend und zersetzend auf sie wirken will und wird. Sie kommt dabei mit dem Inhalt ihres Parteiprogramms, so weit dieses individualistisch ist, keineswegs in Widerspruch. *Sie weiß ebensogut wie jede andere politische Partei, dass sie den Inhalt ihres politischen Programms wesentlich nur in dem Maße im staatlichen Leben verwirklichen und durchsetzen kann, als sie hiezu in der Stärke und Geschlossenheit der Parteiorganisation das äußere Mittel hat.* Wenn Herr Otto Schmassmann wirklich glaubt, dass darin das Genügen liege, das Recht der Persönlichkeit nur wie einen Kettenhund zu besitzen, wozu ihn losbinden?, so mag er in der Geschichte des Liberalismus einmal blättern. Dann wird ihm fast auf jedem Blatte davon erzählt werden, dass der Liberalismus das Recht der Persönlichkeit, wie es sich ausleben soll und will in der Freiheit des Glaubens und Denkens, in der Lehr- und Lernfreiheit, mit starkem Schwert aus einer Welt von Widerständen herausgehauen hat. Und wer aus der Vergangenheit in die Gegenwart hineinblickt mit offenem, klarem Auge, wird vielleicht



doch noch erkennen, dass jene Partei, der das geschichtliche Verdienst zukommt, dieses Recht der Persönlichkeit auf dem Boden des Staates errungen zu haben, nicht zu Unrecht das Schwert in *starker Hand behalten will, um zu wahren, was im Kampfe früherer Zeiten errungen wurde.* Und wenn Herr Otto Schmassmann darüber hinaus noch näher prüfen und überlegen will, *wie das Recht der Persönlichkeit auf dem Boden des proportionalen Wahlverfahrens sich auslebt,* empfehle ich ihm die Lektüre der Wahlliteratur und Wahlinstruktionen in den wochelangen Vorbereitungen, die unsern nach proportionalem Wahlverfahren erfolgenden Kantonsratswahlen vorausgehen. Vielleicht kommt ihm dann sein Bild vom Kettenhund wieder auf die Lippen, aber in anderem Sinne.

ST. GALLEN

R. FORRER



## RICHARD DEHMEL

### ZUM FÜNFZIGSTEN GEBURTSTAG

Hauptmann und Schnitzler haben leztes Jahr den Lebenszenith passiert, Dehmel folgt ihnen heuer. Man hat sie vielleicht noch nie leibhaftig vor sich gesehen: sie sind doch liebe, alte Freunde geworden, in die man sich eingelebt hat, in denen man sich auskennen meint, vielbewährte Freudenspender, von welchen noch manche Bestätigung ihres Wertes, aber kein aufregender Salto mortale mehr zu erwarten ist, während man sich schon mit den Sprüngen und Tänzen einer nachdrängenden jungen Schar auseinandersetzen muss. Und wie verwirrt, ergriffen und fassungslos man noch vor zehn Jahren diesen nun altgewohnten Größen gegenüber stand, wenn man sich etwa als junger Student in der Weltstadt mit einem Schlag vor die ungeahnten Wunder und Phänomene der Moderne versetzt sah. Von was allem man sich in seiner Überraumpelung imponieren ließ! Welche bengalischen Feuer einen zu blenden vermochten! Wie viel blitzende Diamanten unversehens ihren Glanz verloren hatten, wenn man sie später wieder einmal in die Hand nahm! Wie ärgerlich die Erkenntnis, Verehrung und Liebe an manchen Unwürdigen verschwendet zu haben! Und es wäre sehr schmerzhaft gewesen, wenn man auch